

Die Maßnahmen des 2. Konjunkturpakets in der Übersicht

1. Kommunales Investitionsprogramm

Der Bund unterstützt mit 10 Mrd. Euro die Investitionen von Ländern und Kommunen. Die Länder beteiligen sich mit weiteren 3,3 Mrd. Euro.

- Zwei Drittel dieser Mittel sollen in den Investitionsschwerpunkt Bildung fließen (Kindergärten, Schulinfrastruktur, Hochschulen, Forschung). Ein Drittel kann für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser, Städtebau, ländliche Infrastruktur und Lärmsanierung.
- Die Mittel sollen überwiegend unmittelbar in kommunale Investitionen fließen.
- Die Investitionen in Bildung und Infrastruktur sind so ausgerichtet, dass zugleich deutliche Impulse für Klimaschutz und Energieeffizienz gesetzt werden.
- Die Länder müssen gewährleisten, dass auch die finanziell schwachen Gemeinden (Haushaltssicherungskonzept) die Programme nutzen können.
- Die Finanzhilfen des Bundes werden den Ländern auf unkompliziertem Weg unter einem „Gesamtdach“ des Kommunalen Investitionsprogramms zur Verfügung gestellt.

Das Programm entspricht dem Steinmeier-Plan.

2. Kredit- und Bürgschaftsprogramm für Unternehmen

In der Krise geht es ganz wesentlich darum, die Substanz der deutschen Volkswirtschaft zu schützen. Die Betriebe und ihre Arbeitnehmer, insbesondere im Mittelstand, sind der Schlüssel für Wohlstand und Wachstum in Deutschland. Damit diese Chancen erhalten bleiben, ist vor allem eine sichere Kreditversorgung für die Unternehmen notwendig.

Hier werden keine neuen Instrumente geschaffen. Auch wird es keine Kapitalbeteiligung des Bundes an Unternehmen geben. Der eingeschlagene Weg zur Sicherung der Kreditversorgung der Wirtschaft wird fortgesetzt.

Das altbewährte Instrument wird ausgeweitet und aufgestockt.

3. Ausweitung der Investitionen des Bundes

Der Bund wird 2009 und 2010 zusätzlich je 2 Mrd. für eigene Investitionen einsetzen. Die Hälfte fließt in den Ausbau und die Erneuerung von Bundesverkehrswegen, die andere Hälfte in Bauten, Ausrüstungen und die Ressortforschung des Bundes.

Diese Maßnahme setzt die bisherige Linie, u.a. von Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee, fort, über zusätzliche Bundesinvestitionen die Infrastruktur zu modernisieren und die Konjunktur zu stützen.

4. Qualifizieren statt Entlassen

Die wirtschaftliche Rezession kann die Arbeitsplätze vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Gefahr bringen. Zugleich ist unbestritten, dass unsere Wirtschaft immer stärker auf qualifizierte und spezialisierte Fähigkeiten und Fertigkeiten bauen muss. Auch die Alterung der Gesellschaft verstärkt den Fachkräftemangel. Deshalb müssen die beruflichen Qualifikationen für alle Beteiligten am Arbeitsmarkt mit einer besonderen Anstrengung erhalten und für die Märkte der Zukunft ausgebaut werden.

Der gesetzliche Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung wird bei 2,8% stabilisiert. Dafür wird eine Ausgleichsverpflichtung des Bundeshaushalts auf dem Kreditweg durch ein Gesetz festgelegt.

Vorrang von Kurzarbeit vor Entlassungen:

- Den Arbeitgebern werden in den Jahren 2009 und 2010 bei Kurzarbeit die von ihnen allein zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge hälftig durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Für Zeiten der Qualifizierung während der Kurzarbeit können den Arbeitgebern auf Antrag die vollen Sozialversicherungsbeiträge erstattet werden.
- Die Antragstellung und das Verfahren werden vereinfacht.

Qualifizieren statt Entlassen

- Wer in diesem Jahr arbeitslos wird, soll zügig und unbürokratisch Hilfe bekommen, um möglichst schnell wieder eine gute Arbeit zu finden. Die Angebote der Aktivierung werden in den Arbeitsagenturen und ARGEen individuell auf jeden Einzelfall zugeschnitten. Dabei werden insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 25, die über keinen Berufsabschluss verfügen und Jugendliche, die schon lange vergeblich eine Lehrstelle suchen, in den Blick genommen.
- Das bisher auf bestimmte Zielgruppen (Ungelernte und Beschäftigte mit Qualifizierung ab 45 Jahren in kleinen und mittleren Unternehmen) ausgelegte Programm WeGebAU der Bundesagentur für Arbeit wird geöffnet. Es ermöglicht künftig die Weiterbildung bereits qualifizierter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.
- Allen in Kurzarbeit befindlichen Beschäftigten können in den Jahren 2009 und 2010 vom Arbeitgeber Qualifizierungsangebote unterbreitet werden, die ihre bisherigen Qualifikationen ergänzen oder sie auf einen Wechsel der beruflichen Tätigkeit vorbereiten. Die Qualifizierungskosten werden bezuschusst.

Weitere Maßnahmen:

- Für die Wiedereinstellung von Arbeitnehmern in der Leiharbeit werden Zuschüsse zur Qualifizierung in den Jahren 2009 und 2010 aus dem Haushalt der BA zur Verfügung gestellt.
- Zukunftsfelder in der Beschäftigung müssen jetzt auf- und ausgebaut werden. Bei der Kinderbetreuung für unter Dreijährige brauchen wir bis 2013 ca. 80.000 Erzieherinnen und Erzieher sowie 30.000 Tagespflegepersonen zusätzlich. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt daher für die Jahre 2009 und 2010 bei neu geförderten Umschulungen zu Alten- und Krankenpflegern die vollständige Finanzierung.
- Die für Deutschland zur Verfügung stehenden Mittel des Europäischen Sozialfonds für die Förderung von Qualifizierung während Kurzarbeit und zur Förderung von

Projekten zur Beratung von Unternehmen zur Beschäftigungssicherung werden für die Jahre 2009 und 2010 um insgesamt 200 Mio. Euro aufgestockt.

Ausweitung der Vermittlung

■ Wer in diesem Jahr arbeitslos wird, soll zügig und unbürokratisch Hilfe bekommen, um möglichst schnell wieder eine gute Arbeit zu finden. 5.000 Vermittlerinnen und Vermittler mehr als bisher werden sich um eine intensive Betreuung und Vermittlung der Arbeitssuchenden kümmern.

Die Maßnahmen sind eine Weiterentwicklung des Steinmeier-Plans und tragen die klare Handschrift von Arbeitsminister Olaf Scholz.

5. Industriepolitische Modernisierung

Moderne Netze sind die Lebensadern eines leistungsfähigen Landes. Deshalb ist eine Deutsche Gesellschaft für die Stromnetze wünschenswert und ihr Zustandekommen im nationalen Interesse. Hierbei wird die Bundesregierung eine aktive Rolle spielen.

Die Bundesregierung wird den Breitbandausbau in Deutschland massiv vorantreiben, kurzfristig Versorgungslücken in der Fläche schließen und den Aufbau von leitungsgebundenen und funkgestützten Hochleistungsnetzen forcieren. Bis spätestens Ende 2010 sollen die bislang nicht versorgten Gebiete mit leistungsfähigen Breitbandanschlüssen abgedeckt sein. Bis spätestens 2014 sollen für 75% der Haushalte, bis 2018 für alle Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von mindestens 50 Megabit pro Sekunde zur Verfügung stehen. Die Bundesregierung wird zur Umsetzung dieser Zielsetzungen bis Mitte Februar eine umfassende Breitbandstrategie vorlegen.

Das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) fördert Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes bis 250 Beschäftigte. Um den in der Wirtschaftskrise gewachsenen Finanzierungsbedarf für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben des Mittelstandes zu decken, werden in den Jahren 2009 und 2010 auch einzelbetriebliche FuE-Vorhaben von westdeutschen Unternehmen und größere Unternehmen bis 1000 Beschäftigte in Ost- und Westdeutschland gefördert. Ostdeutsche Unternehmen erhalten dabei höhere Fördersätze. Hierfür wird ein zusätzliches Haushaltsvolumen von 450 Mio. Euro p. a. (davon 100 Mio. Euro p. a. für ostdeutsche Unternehmen) zur Verfügung gestellt.

Der Steinmeier-Plan beinhaltet die Forderung nach einer deutschen Netzgesellschaft und einer Breitbandstrategie.

6. Unterstützung des Automobilsektors

Eine Schlüsselbranche ist der Automobilbau. Unsere großen Automobilhersteller, aber auch viele andere industrielle Sektoren und Zulieferer, leiden unter dem Einbruch des Absatzes. Es geht darum Impulse zu setzen, damit Menschen sich neue Autos kaufen.

- Private Autohalter können eine Umweltprämie beantragen, wenn ein mindestens 9 Jahre altes Altfahrzeug, das für mindestens 1 Jahr auf den Halter zugelassen war, verschrottet und gleichzeitig ein umweltfreundlicher Neu- oder Jahreswagen ab Euro-Norm 4 gekauft und zugelassen wird. Die Umweltprämie beträgt 2.500 Euro und wird für Zulassungen bis zum 31.12.2009 gewährt.
- Um die Kaufzurückhaltung abzumildern, hat die Bundesregierung in einem ersten Schritt mit dem Maßnahmenpaket zur Beschäftigungssicherung vom 5.11.2008 eine befristete Kfz-Steuerbefreiung eingeführt. In einem zweiten Schritt wird sie so schnell wie technisch umsetzbar die gegenwärtige Kfz-Steuer auf eine emissionsbezogene Kfz-Steuer umstellen. Die Umstellung soll möglichst zum 1.7.2009 erfolgen. Zeitgleich mit der Umstellung auf eine CO₂-basierte Kfz-Steuer soll der Bund die Ertragskompetenz erhalten. Die Länder erhalten hierfür verfassungsrechtlich abgesichert als Kompensation einen jährlichen Festbetrag in Höhe des tatsächlichen Aufkommens des vergangenen Jahres.
- Die Bundesregierung sieht als Gesamtvolumen des konjunktur- und umweltpolitischen Programms zur Stärkung der PKW-Nachfrage hierfür 1,5 Mrd. Euro vor.
- Für die Jahre 2009 und 2010 werden insgesamt zusätzlich 500 Mio. Euro über Förderprogramme bzw. KfW-Kredite eingesetzt, die z.B. für Hybridantrieb, Brennstoffzell- oder Speichertechnologien verwendet werden können. Die Förderprogramme sind auf das vom Europäischen Rat beschlossene EIB-Programm abzustimmen.

Alle genannten Maßnahmen sind im Grundsatz Gegenstand der Überlegungen des Steinmeier-Plans zur Unterstützung der deutschen Automobilwirtschaft.

7. Stärkung der Einkommen

Unser Ziel war es, vor allem untere und mittlere Einkommensgruppen zu entlasten, weil diese ihr volles Einkommen konsumieren und somit die Binnenkonjunktur stärken. Vereinbart wurden zwei Maßnahmen:

Senkung der Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung:

Der Bundeszuschuss an die gesetzliche Krankenversicherung wird mit Wirkung zum 1. Juli 2009 für das Jahr 2009 um 3 Mrd. Euro und für das Jahr 2010 um 6 Mrd. Euro erhöht. Die paritätisch finanzierten Beitragssätze werden dementsprechend um 0,6 Prozentpunkte gesenkt.

Senkung der Einkommensteuer:

- Hierzu erfolgt eine Anhebung des Grundfreibetrages um 170 Euro auf 7.834 Euro, rückwirkend ab dem 1.1.2009; zudem werden die übrigen Tarifeckwerte ebenfalls ab 1.1.2009 um 400 Euro nach rechts verschoben.
- Zur gezielten Entlastung der untersten Einkommen wird ab dem 1.1.2009 neben der Anhebung des Grundfreibetrages auf 7.834 Euro noch der Eingangssteuersatz von 15 % auf 14 % gesenkt.
- Zusätzlich erfolgt ab 2010 eine weitere Anhebung des Grundfreibetrages auf dann 8.004 Euro und eine weitere Rechtsverschiebung der Tarifeckwerte um 330 Euro.

Diese Steuersenkung bedeutet 2009 eine weitere Entlastung in Höhe von 2,9 Mrd. Euro und ab 2010 in Höhe von 6,05 Mrd. Euro.

Wir wollten eine Steuerfinanzierung des Sonderbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung, um auch untere Einkommen und Rentner stärker zu entlasten. Es war nötig, sich mit der Union auf einen Kompromiss zu verständigen.

8. Unterstützung von Familien

Besondere Maßnahmen konzentrieren sich auf Familien mit Kindern – sie brauchen unsere besondere Unterstützung

- Über die Familienkassen wird an alle Kindergeldbezieher eine Einmalzahlung (Kinderbonus) von 100 Euro je Kind ausgezahlt. Sie wird nicht mit den Bedarfssätzen der Bezieher von Sozialleistungen verrechnet. Die Einmalzahlung wird bei der Einkommensteuerveranlagung für das Jahr 2009 mit den Kinderfreibeträgen verrechnet.
- Die abgeleiteten Regelsätze für Kinder im SGB II und SGB XII werden verändert. Für Kinder im Alter von 6 bis 13 soll die Förderung auf 70 % des Eckregelsatzes mit Wirkung zum 1.7.2009 erhöht werden. Damit wird dem Anliegen die Regelsätze für Kinder nach einer Überprüfung anhand des realen Bedarfes anzupassen, Rechnung getragen.

Die Zahlung eines Kinderbonus' und die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder zwischen 6 und 13 Jahren wurden im Steinmeier-Plan gefordert.

9. Nachhaltige Haushaltspolitik

Das Ziel eines ausgeglichenen Staats- und Bundeshaushaltes bleibt unverändert gültig. Die frühere Praxis ständig ansteigender Staatsverschuldung unabhängig von guten oder schlechten Zeiten muss ausgeschlossen bleiben. In der außergewöhnlichen Situation des Jahres 2009 mit der vermutlich schärfsten Rezession seit Gründung der Bundesrepublik müssen jedoch vorrangig die wirtschaftliche Substanz des Landes gesichert und die Aufschwungkräfte gestärkt werden. Deshalb wird der für 2011 angestrebte Haushaltsausgleich vorübergehend zurückgestellt. Dies ist auch deswegen verantwortbar, weil in den Jahren zuvor die öffentlichen Haushalte mit großen Anstrengungen wieder auf ein solides Fundament gestellt wurden.

Für die Zukunft soll zumindest für den Bund im Rahmen der Föderalismusreform II eine Neuregelung zur Begrenzung der Nettokreditaufnahme vereinbaren und im Grundgesetz verankert werden.

Durch Bundesgesetz wird ein Sondervermögen „Tilgungsfonds“ durch Bundesgesetz errichtet. In diesem Fonds werden neben den Bundesmitteln für das Kommunale Investitionsprogramm auch die direkten Bundesinvestitionen (rd. 4 Mrd.Euro), die KfZ-Umweltprämie (1,5 Mrd.Euro), das erweiterte ZIM (900 Mio.Euro), der Kinderbonus (1,8 Mrd.Euro) und die Mittel für Forschung und Entwicklung für

Mobilität (500 Mio.Euro) zusammengefasst. In das Gesetz werden Tilgungsregelungen aufgenommen.

Die Sicherstellung einer nachhaltigen Haushaltspolitik war Ziel des Steinmeier-Plans und ist Ausdruck der verantwortungsbewussten Arbeit von Finanzminister Peer Steinbrück.

10. Mindestlöhne

Mindestlöhne sind nicht nur eine Frage der Würde und der sozialen Gerechtigkeit. Sie stärken auch die Kaufkraft der Arbeitnehmer.

Die gesetzlichen Grundlagen für die Einführung von Mindestlöhnen können abschließend im Januar im Bundestag beraten werden. Fünf weitere Branchen werden in das Entsendegesetz aufgenommen: Dies sind die Entsorgungsbranche, die Pflegedienste, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, Bergbauspezialdienste und industrielle Großwäschereien.

Für die Zeitarbeit ist eine gesonderte Regelung gefunden werden. Für sie wird eine Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz festgelegt – faktisch also auch ein gesetzlicher Mindestlohn für diese Branche

Mit dieser Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes und der Etablierung einer gesetzlichen Lohnuntergrenze für die Zeitarbeitsbranche im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz schaffen wir für weitere 1,7 Mio. Beschäftigte faire Arbeitsplatzbedingungen.

Nach monatelangem Ringen und nach Verzögerung durch die Union ist der SPD der Durchbruch endlich gelungen. Das ist ein Ergebnis, das wir in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften erkämpft haben.